

GEWERKSCHAFTSPOLITIK

JENSEITS VON STANDORT- UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT !

Einladung zum 6. bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken am 14./15. Januar 2005 in Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher-Str. 20

Programm

Freitag, 14.1.05,
ab 18:00 Uhr

Gründe für den Niedergang der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft.

Referent: Dr. Heiner Köhnen,
tie – Transnational
Informations Exchange,
Frankfurt /M.

Samstag, 15.1.05,
9:30 – 17:00 Uhr

Podiumsdiskussion über "Erfahrungen und Ergebnisse betrieblicher Kämpfe"

Bernd Kamin, (Hafen
Hamburg) – Tom
Adler (Daimler-
Chrysler) – Wolfgang
Schaumberg (Opel
Bochum)
Alle angefragt!
Moderation : Mag
WompeL, Labournet.

"Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle"

Referent: Joachim
Sauerborn, verdi-
Landesbezirk
Baden-Württemberg

Arbeitsgruppen

Tarifrunde öffentlicher Dienst

Einführung: Vertreter der
verdi-Linken

Was ist Standortsicherung wert?

Einführung: Kirsten
Huckenbeck, express

Neue Arbeitskämpfformen

Einführung: Mag WompeL,
Labournet

Plenum

Kurzberichte der
Arbeitsgruppen

"Neue Kämpfe- neue Vernetzung"

Referent: Jakob Schäfer,
Wiesbaden

Organisatorisches

- Der Teilnehmerbeitrag beträgt Euro 15,—
- Wegen Übernachtungen bitten wir unsere Stuttgarter Kolleginnen und Kollegen umgehend um Mitteilung, wer Schlafplätze zur Verfügung stellen kann.
- Anmeldungen für die Teilnahme können ab sofort erfolgen.
- Materialien zur Vorbereitung der Tagung können im LabourNet Germany abgerufen werden unter

[http://www.labournet.de/
GewLinke/](http://www.labournet.de/GewLinke/)

Dort können auch bis zur Tagung Diskussionsbeiträge veröffentlicht werden.

Anfahrt

Tagungsort ist das Gewerkschaftshaus Stuttgart in der Willi-Bleicher-Str. 20.

Vom Hauptbahnhof mit der S-Bahn bis Haltestelle Stadtmitte. Das DGB-Haus ist direkt gegenüber dem "Haus der Wirtschaft".

Die Parkmöglichkeiten direkt am DGB-Haus sind äußerst gering. Parkhaus Hofdienergarage, Zufahrt über die Schellingstrasse.

Bitte rechtzeitig anmelden!

Per e-mail:
ewald.wehner@t-online.de
oder hagelang@gmx.de

oder per Post an

Heinz-Günter Lang
Postfach 1201
64660 Alsbach-Hähnlein

Gewerkschaften 2004: Nach Großkundgebungen am 3. April schlimmster Rückfall

Nach den nicht ganz freiwilligen Grosskundgebungen am 3. April gegen Sozialabbau hatte es für kurze Zeit den Anschein, dass die Gewerkschaften als ernst zu nehmende politische Kraft wieder in Erscheinung treten. Gutgläubige hofften sogar, dass jetzt der Schwerpunkt auf außerparlamentarische Mobilisierung gelegt wird, und die Einsicht wächst, dass der verschärfte Klassenkampf von Oben nicht mit Jammern und Zurückweichen von Unten beantwortet werden kann. Offensichtlich ist jedoch die geistig-politische Krise der Gewerkschaften so groß, dass sie nicht in der Lage sind auch nur annähernd angemessen auf die Kapitaloffensive zu reagieren.

Nach dem 3. April verschärfen die Arbeitgeberverbände ihre Angriffe auf die Gewerkschaften. War es mit der Agenda 2010 gelungen erfolgreich die Axt an die Säulen unserer Sozialsysteme zu legen, wurden

zunehmend die Tarifverträge ins Visier genommen. Die Arbeitszeit bildet das Einfallstor. Angestrebt werden jedoch Lohn- und Gehaltskostenabsenkungen von 20-30 %, was verschiedene Verbandsvertreter (Hundt) oder auch öffentliche Arbeitgebervertreter völlig offen aussprechen.

Die m.E. abgesprochene Strategie

war äußerst erfolgreich. In mehreren Konzernen sollten Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften erpresst werden, um Zugeständnisse und insbesondere die Öffnung der Tarifverträge zu erzwingen. Siemens bildete den Anfang. Entscheidend war jedoch DaimlerChrysler. Egal wie die unterschiedlichen Akteure das Ergebnis bewerteten: Das Daimler-Management hatte 500 Millionen in einem profitträchtigen Unternehmen gewollt und hatte sie in der absoluten Hochburg der IGM bekommen. So war und ist zumindest die öffentliche Wahrnehmung. Die Folgen sind bekannt: Opel, VW, Karstadt und hunderte weiterer Unternehmen, die ähnliches versuchen. Das Kapital ist ermuntert diese Strategie weiter zu verfolgen und je nach Lage zu verschärfen.

Die Löcher, die peu a peu in die Tarifverträge gerissen werden, ähneln immer mehr dem Bild von einem Schweizer Käse. Das Schlimme ist nicht so sehr, dass solche oder ähnliche Regelungen geschlossen werden (das gab es schon immer). Viel schlimmer ist, dass nicht ein einziger Versuch gemacht wurde, überbetriebliche Solidarität zu organisieren. Jeden Betrieb/Konzern mit den Erpressungen der Gegenseite alleine fertig werden zu lassen, ist wirklich ein komplettes Versagen der Gewerkschaftsführungen. Denkbar ist durchaus, dass auch die Konzernbetriebsratsführungen keine

überbetriebliche Solidarität herstellen wollten. Nicht nur öffentlich durchscheinen zu lassen, dass die einwöchige "Arbeitsniederlegung" der Beschäftigten von Opel in Bochum eher als störend empfunden wird, sondern auch keinerlei politische und finanzielle Solidarität zu organisieren, ist schon ein starkes Stück Gewerkschaftsgeschichte. Auch die Gewerkschaft ver.di versucht durch eine Anpassungsstrategie, manche sagen auch Unterwerfungsstrategie den Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst zu retten. Ob dies funktioniert und wenn ja, für wie lange sei noch dahin gestellt.

Das elementare Gewerkschaftsverständnis, dass die Gewerkschaften dazu da sind, Konkurrenz unter den Beschäftigten abzubauen und übergreifende Solidarität herzustellen, wird ersetzt durch "Mitgestaltung" der Konkurrenz zur Verbesserung der Standortbedingungen. Es ist absolut verwunderlich, dass es noch nicht einmal ein artikuliertes Problembewusstsein darüber gibt, in welchem Maße hier die sozialen Standards nach unten konkurriert werden, wenn diese Politik so weiter verfolgt wird.

Dass auf dem politischen Feld die Mobilisierung und Weiterentwicklung der Proteste gegen Sozialabbau in Form eines Arbeitnehmerbegehrens (Unterschriftensammlung) erfolgte und damit der Abgesang eingeleitet wurde, ist nur die andere Seite

der gleichen gewerkschaftspolitischen Medaille. Gerade in der Verbindung der sozialen Frage mit der tariflichen hätte die Weiterentwicklung der Poteste bestehen können.

Wie geht es weiter?

Es ist nicht so einfach einzuordnen, welche Motive hinter der kritisierten "Strategie", sofern es eine ist, stehen. Ist es die Angst vor Niederlagen, wenn die Gegenwehr organisiert würde? Also Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Ist es die Hoffnung, dass es sich bei der Kapitaloffensive um eine vorübergehende Erscheinung handelt, die in einen neuen sozialen Kompromiss übergehen kann, wenn auch auf niedrigerer materieller Basis? Ist es die Angst vor inneren Widersprüchen, die zweifellos bei einer anderen Politik größer würden? Sind neoliberale Gedanken in Gewerkschaftsköpfe eingezogen? Wahrscheinlich ist es von allem etwas. Eine große Rolle spielt sicherlich, dass in ihren Köpfen jenseits der kapitalistischen Logik keine Alternative sichtbar ist. Es wird aber auf der geistig-politischen Ebene besonders wichtig sein, diesen Mythos der kapitalistischen Wirtschaft (die Menschen sind für die Wirtschaft da und müssen sich ihren Bedürfnissen unterordnen) zu zerstören und erste Alternativen nicht nur zur neoliberalen, sondern auch zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Und wenn es im ersten Schritt nur die Position ist, dass die Wirtschaft den Menschen nützen muss und nicht umgekehrt.

Gewerkschaftlicher Erosion entgegentreten

Es ist völlig klar, dass bei einer Fortsetzung der bisherigen Gewerkschaftspolitik nicht nur die gesellschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften dramatisch zurück geht. Die schleichende Erosion der Gewerkschaften in Form zurückgehender Mitgliederzahlen und nachlassender Bindung nimmt an Größe und Beschleunigung zu. Eine andere Richtung findet trotzdem derzeit keine Mehrheit, höchstens auf betrieblicher oder lokaler Ebene. Elemente einer anderen Gewerkschaftspolitik müssten sein:

- Überbetriebliche Gegenwehr gegen die Angriffe auf die Tarifverträge
- Widerstand gegen Sozialabbau und Verbindung mit den tariflichen und betrieblichen Fragen und damit Politisierung der Gewerkschaften auf jeder Ebene
- Internationalisierung der Gewerkschaftspolitik. Da die Konzerne die Standorte international gegeneinander ausspielen, muss das einer der wichtigsten Ansatzpunkte sein.
- Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Gruppen der sozialen Bewegungen (Erwerbslose, Globalisierungskritiker, Migrantinnen/innen, u.v.a.m.) muss ausgebaut und auf eine andere politische und demokratische Basis gestellt werden.

Das alles muss verbunden werden mit einem politischen Programm oder zumindest Ansätzen dazu, das auf der

politisch-geistigen Ebene aus der Defensive herausführt. Nur mit der Verteidigung des Bestehenden oder gar dem Verkauf des Bestehenden gegen vermeintliche Arbeitsplatz- oder/und Standortgarantien ist nicht einmal das erreichbar.

G-Linke muss ihren Einfluss erhöhen

Die G-Linke muss der Erosion der Gewerkschaften durch bewusste und deutlich wahrnehmbare Kritik an den heute sichtbaren gewerkschaftlichen "Politikkonzepten" entgegenarbeiten und den Gewerkschaftsmitgliedern zur politischen Orientierung verhelfen. Sie muss Alternativen herausarbeiten und veröffentlichen. Vor allem aber muss sie ihre Verankerung an der Basis, in den Regionen erhöhen. Die Belebung der örtlichen Foren und Strukturen ist mindestens so wichtig, wie die überregionale Vernetzung. Man kann nur etwas vernetzen, was es gibt. Sie muss aber auch an Einfluss gewinnen und darf sich keinesfalls darauf beschränken, die vorherrschende Politik zu bejammern.

Bernd Riexinger

2004 - 2005: Von der Wut zur solidarischen Aktion

Die Bilanz des Jahres 2004 ist für uns klassenbewußte Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen durchwachsen. Die von unten organisierte Demonstration am 1. November 2003 in Berlin war ein Erfolg, der den DGB zwang etwas zu unternehmen. Daher folgte die Demo der 500 000 in Berlin, Köln und Stuttgart am 3. April 2004. Nun galt es für unsere „Führer“, der Bewegung die Spitze abzuberechnen; man dekretierte im April die Sommerferien und die IG Metall begann Unterschriften für ein Arbeitnehmerbegehren zu sammeln. Sie wollten keine Verstärkung der Massenbewegung. Im Juli kam es zum großen spontanen Protest bei Daimler in Stuttgart, den IG Metall-Vize Berthold Huber mit einer Kapitulation vor den Unternehmerforderungen beendete. Im Oktober gab es einen mehrtägigen Ausstand bei Opel in Bochum - ohne Unterstützung der IGM und ohne Solidarität der

Rüsselsheimer Kollegen. Im Spätsommer fanden große Montagsdemonstrationen in zahlreichen ostdeutschen Städten statt. Da die Erwerbslosenquote dort mehr als doppelt so hoch ist, wie im Westen, erzeugt Hartz IV dort noch viel größere Wut. Schließlich folgten große lokale Demos in Nürnberg und Stuttgart und einige kleinere Demos

in anderen Orten Anfang November.

Zu den positiven Schritten gehört, daß die IG Bauern-Agrar-Umwelt bei der Gründung der Internationalen Gewerkschaft der Wanderarbeiter mitwirkt. Wut und Empörung haben die Werkätigen zu spontanen

Die Redaktion wünscht allen Lesern und Leserinnen des Info und den Aktiven der Gewerkschaftslinken ein besseres Jahr 2005 - ein Jahr der Koordination der Proteste gegen den Sozialkahltschlag und damit mehr Erfolg gegen die fortgesetzte Kapitaloffensive.

Arbeitsniederlegungen aus den Betrieben und zu Massendemonstrationen auf die Strasse getrieben. Aber: Es ist uns nicht gelungen, mehr als kosmetische Veränderungen an den vielen Maßnahmen des Sozialkahltschlags zu erzwingen. Der konzentrische Angriff der Unternehmer, der Regierung, der bürgerlichen Oppositionsparteien geht weiter und wird 2005 verstärkt werden, unterstützt von fast allen Medien. Immer mehr Unternehmer wollen ihre Profite und Renditen erhöhen durch Arbeitszeitverlängerung, Entlassungen, Lohnkürzung: der Druck auf die Erwerbslosen wird verstärkt, der Niedriglohnsektor ausgeweitet. Die Sozialleistungen werden weiter gekürzt, die Eigenleistungen in der Krankenversicherung nehmen zu. Die Rentner werden mit weiteren

Abgaben belastet und ihre Renten besteuert. In den anstehenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst kommen die „Arbeitgeber“ mit neuen Forderungen auf Verlängerung der Arbeitszeit, Einfrieren der Löhne und Gehälter für vorerst zwei Jahre.

Viele Tarifverträge enthalten „Öffnungsklauseln“ und niedrigere Einstiegsgehälter, womit alte und neue Beschäftigte, Jung und Alt auseinander

dividiert werden und langfristig das gesamte Lohnniveau gesenkt wird. Die Kapitulation der Gewerkschaftsunterhändler in den gut organisierten Großbetrieben, etwa in der Metallindustrie, spornt die Unternehmer in kleineren und Mittelbetrieben natürlich an, es den Großen gleich zu tun. So werden immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen und die Tarifverträge ihrer Schutzfunktion beraubt. Die Prekarisierung betrifft allmählich auch große Teile der Akademiker. Mit der

*Liebe Kollegin,
lieber Kollege,
heute erhältst Du die vierte Ausgabe des Infos der Gewerkschaftslinken. Bitte teile uns baldigst Deine e-mail-Adresse mit, damit wir Dir auch die folgenden Ausgaben des Info zustellen können.*

Die Herausgeber

Solidarität, die zu schaffen die Aufgabe der Gewerkschaften, ist, mindern unsere Führer und zerstören das Klassenbewußtsein. Da unsere Gewerkschaften keinen Widerstand gegen die Abbaulawine leisten, schrumpft die Mitgliedschaft mit steigender Tendenz.

Handlungen und Motive unserer Klassengegner und ihrer Helfer klar sehen. Diese wollen die zugleich zyklische und strukturelle Krise nutzen, um möglichst weitgehend unsere sozialen Errungenschaften abzubauen, unseren Lebensstandard und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die „rot-grüne“ Regierung sieht darin ihre Aufgabe: sie ist nicht in einem Irrtum befangen aus

ändern kann, ist organisierter, sich verstärkender Druck von unten. Daran mangelt es. Unsere Demos und Aktionen sind nicht koordiniert, sondern regional und betrieblich begrenzt und zeitlich nicht abgestimmt. Zu viele Sonderbündeleien mißbrauchen die Aktionsbereitschaft und hindern die dringend notwendige Bündelung der Kräfte und Verstetigung der Gesamtbewegung. So werden wir einzeln geschlagen. Zur Sammlung der Kräfte gehört ein Aktionsprogramm der Gewerkschaftslinken und Einhaltung der Absprachen. Wir brauchen unsere Gewerkschaften; jedoch ohne Druck auf die Führungen werden sie unsere Kämpfe nicht unterstützen. Diese Dinge lokal und zentral zu organisieren - das ist die vorrangige Aufgabe der klassenbewußten Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen im neuen Jahr. Dann erhalten unsere Aktionen mehr Stoßkraft und bringen bessere Ergebnisse als im abgelaufenen Jahr. Wir wünschen uns im Jahr 2005 einen erfolgreicher Kampf.



Die Massenaustritte sind verständlich, helfen aber nicht gegen die konzentrische Kapitaloffensive. Auf längere Sicht sind unsere Gewerkschaften durch die reformistische Politik des Konsensus mit der Bourgeoisie in ihrer Existenz bedroht.

Dieses ist kein Klagegedicht, sondern eine Analyse unserer Lage. Die Werktätigen haben sich örtlich begrenzt, sporadisch gewehrt - aber ohne Koordination und daher mit geringem Erfolg. Zur nüchternen Analyse, die einer verbesserten Taktik vorausgehen muß, gehört ferner, daß wir die

dem wir sie durch weise Ratschläge befreien können, wie manche glauben: Sie wissen, was sie tun; sie denken die Gedanken und sprechen die Sprache der Kapitalisten. Die Opposition verfolgt die gleichen Ziele wie die Regierung; und der Staatsapparat ist nicht neutral oder gar ein Sozialstaat für die Werktätigen. Mehr noch, indem Gerhard Schröder ständig wiederholt, es gebe keine Alternative, verhindert er jede Debatte in der SPD und hat die Abgeordneten im Bundestag unterworfen. Unter ihnen ist kein Karl Liebknecht, der die rote Fahne des Protestes aufnimmt. Das einzige, was die Lage

Theodor Bergmann

Opel – ein weiterer Meilenstein im Rückwärtsgang der IG Metall

Die Frage wurde mir gestellt: Wie haben die Kolleginnen und Kollegen in Deiner Nachbarschaft – bei Opel Rüsselsheim – das Verhandlungsergebnis vom 8.12.04 aufgenommen? Zusammengefasst lässt sich sagen: Ein Teil freut sich, und ist über den Berg, ein Großteil – und meine Gesprächspartner meinen die Mehrheit – der KollegInnen ist enttäuscht, und in der Stadt (Rüsselsheim) überwiegt ebenfalls die Enttäuschung gepaart mit Ratlosigkeit.

Wirklich gut dran sind heute ca. 500 – 1000 KollegInnen, die lange genug bei Opel sind, nur noch wenige Jahre bis zur Rente haben und mit den angebotenen Abfindungen die Zeit bis zur Rente und die fehlenden Rentenbeitragszahlungen gut überbrücken können. Aber mit der "Abwicklung" von insgesamt 9500 Arbeitsplätzen muss letztlich auch diesen älteren KollegInnen klar sein, dass diese Stellen der nachkommenden Generation

(bzw. den eigenen Kindern oder Enkeln) fehlen. 3000 KollegInnen werden in den Vorruhestand (bzw. in Altersteilzeit, wenn sie mindestens 54 sind) geschickt oder in "Joint Ventures" mit Zulieferern "ausgliedert". Die anderen KollegInnen (insgesamt mindestens 6500) werden nach einem Jahr Beschäftigungsgesellschaft (in dem

sie immerhin noch ca. 85% des letzten Nettoentgeltes beziehen) arbeitslos sein (bei 67 bzw. 60% der Bezüge). Wieder ein Jahr später wartet dann Hartz IV auf sie.



Gedrückte Stimmung Um zu verstehen, warum das erbärmliche Verhandlungsergebnis auf der Versammlung am 9.12. nicht mit offenem Wutausbruch quittiert wurde, muss mensch mindestens bis zum Pforzheimer Tarifabschluss vom 12. 2. 04 zurückgehen. Dort wurde in einem weiteren Schritt dem Wunsch des Kapitals nach weiterer Verbetrieblichung der Tarifpolitik nachgegeben. Jetzt können auch für Betriebe, die lediglich ihre Wettbewerbssituation verbessern wollen, Abweichungen vom Tarifvertrag beschlossen werden. Was dann im Laufe des Jahres 2004 folgte, setzte dem die Krone auf: Ausgerechnet den hochprofitablen Konzernen Siemens und DaimlerChrysler gestand die IG Metall Arbeitszeitverlängerungen zu (bei Siemens Bocholt und

Kamp Lintfort sogar ohne Lohnausgleich) sowie für die Zukunft beträchtliche Lohnsenkungen (sofort 2,79% sowie eine zweite Lohnlinie für alle nach dem 9.8.2004 Eingestellten, die 8% weniger bekommen; neu eingestellte Produktionsarbeiter bekommen 24 Monate lang 20% weniger Lohn usw.) Wer dazu Näheres nachlesen möchte, besorge sich die ausgezeichnete Broschüre, einschließlich CD, die die aktiven Metaller von DC

Mettingen herausgegeben haben (siehe Hinweis auf S.11) Ansonsten vergeht seit mindestens einem Jahr – und verstärkt seit die IG Metall unter tatkräftiger Mithilfe von Klaus Franz, BRV Opel Rüsselsheim, den Streik in Ostdeutschland in den Sand gesetzt hat – kaum eine Woche, in der nicht Meldungen durch die Presse gehen, dass in diesem oder jenem Betrieb künftig für weniger Geld länger gearbeitet werden muss. Der 2. Vorsitzende der IGM, Berthold Huber, legte im FR-Interview vom 11.11.04 dar, dass bis dahin allein im Jahr 2004 über 300 (!) "betriebliche Lösungen" mit der IG Metall abgeschlossen wurden. Von daher ist die gesamte Grundstimmung seit über einem Jahr selbst in dem großen Opelwerk Rüsselsheim ziemlich gedrückt und ratlos. Bisher waren zumindest die

ausgesprochenen Großbetriebe vor größeren Angriffen sicher, weil die Kapitalseite mit der geballten Kampfkraft rechnen musste. Aber die Siemens- und DaimlerChrysler-Abschlüsse haben es vorgemacht und die IG Metall hat es ohne erkennbaren Widerstand passieren lassen, ja die Organisation hat sogar den Eindruck vermittelt, dass an der "Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit" (also dem Sparen auf Kosten der Beschäftigten) kein Weg vorbeigeht.

Welche Perspektiven
Dennoch fällt der Unterschied zwischen Rüsselsheim und Bochum auf. In Rüsselsheim gibt es seit annähernd 20 Jahren keine nennenswerte aktive Gruppe unter den KollegInnen, die für eine andere Linie als die des Ausverkaufs eintreten würde. Somit sind die KollegInnen recht orientierungslos und vor allem ohne organisierte Opposition, die mit ihrem Gewicht mindestens Einfluss auf das Geschehen – vor allem auf den Stand der Mobilisierungen – nehmen könnte. Zwar wurde Ende November in Rüsselsheim ein Solidaritätskomitee gegründet (aufgerufen hatten die Kirchen und die Verwaltungsstelle der IG Metall). Aber auch hier beherrschte der BRV Klaus Franz die Szene. Er meinte, ohne massiven Stellenabbau könne Opel "die Krise nicht überwinden." Gegen solche demobilisierenden, ja geradezu zermürbenden Parolen von Seiten der BR-Spitze regt sich in der Belegschaft noch kein

organisierter, jedenfalls kein erkennbarer Widerstand. Auch in Bochum ist nicht alles Gold, aber wenigstens laufen dort in der Belegschaft seit Jahren engagierte Diskussionen, im Jahr 2000 hat die Belegschaft gekämpft und im letzten Oktober immerhin 6 Tage lang die Produktion lahm gelegt und damit das einzige Druckmittel eingesetzt, das die KollegInnen haben. Aber es fehlte die Kraft, auf eine Ausweitung über das Werk Bochum hinaus hinzuwirken, also im Konzern und v.a. in der Gewerkschaft auf entsprechende Kräfte zuzugehen, sie nach Möglichkeit zu mobilisieren und den IGM-Vorstand unter Druck zu setzen. Bleiben die Bochumer allein, werden sie eingemacht.

In dieser Situation wird es darauf ankommen, auf der inhaltlichen wie auf der organisatorischen Ebene wirklich Fortschritte zu machen:
In den Mittelpunkt betrieblicher und gewerkschaftlicher Forderungen muss die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich rücken. Dies muss auf Kosten der Profite geschehen; schließlich hat GM allein in den ersten 9 Monaten des Jahres 2004 3,1 Mrd. \$ Gewinn gemacht. Also: Das Verhandlungsergebnis darf so nicht durchgehen! Keine Entlassungen – auch nicht über den Umweg einer Beschäftigungsgesellschaft! Der Konzern muss zahlen.

Und: In der Gewerkschaft müssen Diskussionen in Gang gesetzt werden, damit der Kampf um eine weitreichende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich wieder auf die Tagesordnung kommt. Gelingt dies nicht, wird sich mit jedem weiteren Stellenabbau und mit jeder weiteren Arbeitszeitverlängerung die Erwerbslosenzahl erhöhen und damit das Kräfteverhältnis zu unseren Ungunsten verschlechtern.

Von Bochum aus sollte die Initiative zu einer besseren Vernetzung unter den Belegschaften der Opel-Standorte ergriffen werden (Klaus Franz verweist auf den Aufbau eines Netzes mit Belegschaftsvertretungen in Osteuropa; damit ist er aus der Pflicht, hier und jetzt die Arbeitsplätze zu verteidigen, und zwar gerade auch mit dem Mittel des Streiks!) Nur wenn es gelingt, das Druckmittel Streik noch einzusetzen, so lange damit z. B. von Bochum aus verschiedene Werke in Europa getroffen werden können, wird damit etwas zu erreichen sein. Aufgrund der derzeitigen desolaten Verhältnisse in Rüsselsheim muss die Initiative zu einer Belebung des Widerstands wohl von Bochum ausgehen.

Jakob Schäfer
Forum
Gewerkschaftliche
Gegenmacht,
Wiesbaden

Die Gewerkschaftslinker muss ihre Arbeit und ihren Anspruch neu definieren

Die Gewerkschaften bewegen sich auch im Jahr 2004 auf einer gefährlich abschüssigen Bahn. Daran hat weder der Aktionstag 3. April – zu dem man sich genötigt sah, um sich gegenüber den Kritikern nicht völlig tatenlos zu erweisen – noch die begrenzte Öffnung vor allem durch die Verdi-Führung anlässlich des Perspektiven-kongresses wirklich etwas geändert. Politisch ist der Bankrott durch die faktische Nicht-Teilnahme an den Anti-Hartz-Protessen sehr klar geworden. Auch die "vereinheitlichte Position" in Sachen Mindestlohn macht deutlich, worum es der Gewerkschaftsbürokratie (so und nicht anders müssen heute die Gewerkschaftsspitzen in ihrer Mehrheit bezeichnet werden) vor allem geht: Um Konfliktvermeidung.

Mit der SPD wird nicht wirklich gebrochen, was letztlich auch damit zusammenhängt, dass diese Gewerkschaftsführungen (und leider auch ein bedeutender Teil des Apparats wie der

einfachen Mitgliedschaft) im Standortdenken befangen sind, neoliberales Gedankengut weitgehend verinnerlicht hat. Organisatorisch ist der Niedergang in diesem Jahr beschleunigt worden und (nicht nur) Gesamtmetall macht in seinen Propagandablättchen genüsslich darauf aufmerksam.

In der Vergangenheit haben Provokationen der

Unternehmerverbände immer noch gute Reaktionen der Basis hervorgerufen, die von der Gewerkschaft genutzt werden konnten. (Letztes Beispiel im Jahr 2004: Die Forderung von Gesamtmetall anlässlich der Tarifrunde, eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich einzuführen.) Die Zustimmung zu den Gewerkschaften war also noch so groß, dass es trotz der sich beschleunigenden Mitgliederverluste noch nicht zu großen Austrittswellen gekommen ist. Noch nicht!

Die sich steigernde Handlungsunfähigkeit und – unwilligkeit und die wachsende organisatorische Schwäche können und werden schon in sehr naher Zukunft zu bedeutsamen Niederlagen und zu einer substantiellen Schwächung der Gewerkschaften führen, die die Niederlage der IG Metall 2003 (verlorener Streik in Ostdeutschland) bei weitem in den Schatten stellen werden. Es sei denn die gewerkschaftspolitische Erstarrung wird aufgebrochen.

Dilemma

Das Dilemma der deutschen Gewerkschaftsbewegung steigert sich zur Zeit ganz dramatisch: Um aus der Defensive herauszukommen (Arbeitszeitverlängerung, Stellenabbau und wachsende Massenarbeitslosigkeit mit all ihren Folgen für das Kräfteverhältnis, Sozialabbau sowie Lohnsenkungsoffensive im Zusammenhang vor allem mit Hartz IV) müssten die Gewerkschaften einen Weg nach vorne weisen, sich an

die Spitze der Proteste stellen, Konfliktbereitschaft und Durchsetzungswillen demonstrieren, Regierung und SPD nicht mehr schonen. Aber genau das ist von dieser Gewerkschaftsführung nicht zu erwarten. So verschlechtern sich – von Teilbereichen abgesehen – ständig die Bedingungen: Die Austrittsschwelle sinkt fast genauso schnell wie das Ansehen und die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften. Vor allem aber kann der mit den Montagsdemos aufgeflamnte Hoffnungsschimmer einer politischen Gegenwehr sich nicht festigen, weil diese Bewegung außerhalb der Betriebe zwangsläufig schnell am Ende ihres Lateins ist, wenn sich im B&G-Bereich nichts bewegt. Und hier bewegt sich nichts Erkennbares. Die Gewerkschaftsführung hat – trotz DC Mettingen, trotz Opel Bochum – unbestritten alles unter Kontrolle und wird in keiner Weise wirklich herausgefordert. Die Situation ist damit blockiert.

Es wächst somit die Gefahr einer politischen Desorientierung, nicht zuletzt auch die Gefahr des Abdriftens vieler Menschen nach rechts. Wenn sich gewerkschaftspolitisch nichts tut, sieht es in der nächsten Zeit für die Arbeiterbewegung und für die gesamtpolitische Lage alles andere als rosig aus. Dies wird auch durch keine politische Organisation kompensiert werden können.

Wie sehr die Beschränkung auf den einzelbetrieblichen Widerstand und vor allem die fehlende innergewerkschaftliche Alternative die Belegschaften isoliert lässt, wird durch nichts so deutlich wie durch die betrieblichen Kämpfe des Jahres 2004. Trotz der riesigen Wut und der eindeutigen Kampfbereitschaft bei Opel Bochum etwa, gelang es der IG Metall-Führung in Verbindung mit der Betriebsratsspitze, durch eine manipulierte Fragestellung den Streikabbruch als einzige Möglichkeit für die Aufnahme von Verhandlungen darzustellen. Hier wurde offenbar, dass die kämpferischen Kräfte den Machenschaften der Bürokratie noch nichts entgegenzusetzen haben.

Und noch eines hat Opel gezeigt. Da, wo – halbspontan oder weil eine kämpferische Betriebsgruppe schon länger daran gearbeitet hat – Gegenwehr von unten läuft, ist die reale Verbindung zu anderen Belegschaften praktisch kaum vorhanden. Es gibt noch keine belastbaren (weil organisierten) Querverbindungen, die es ermöglichen würden, dass schnell genug der Funke überspringt, Solidarität organisiert wird. Zurzeit wird der Widerstand der KollegInnen von der Gegenseite einzeln abgefrühstückt: Bosch, DC, Märklin, Opel, Karstadt...

Nicht nur die Kommunikation ist national und international unterentwickelt, v.a. ein koordiniertes Vorgehen – unabhängig und notfalls gegen den Willen des Apparats – findet nicht statt.

Klar ist, dass so etwas nicht vom Himmel fällt. Es muss zielgerichtet angepackt werden – oder es wird nicht stattfinden.

Die Gewerkschaftspolitik ist heute die Schlüsselfrage

Nach Lage der Dinge nimmt die Veränderung der Verhältnisse in den Gewerkschaften eine Schlüsselrolle ein, wenn es um die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der BRD geht. Tut sich in den Gewerkschaften nicht bald Entscheidendes, werden auch betriebliche Abwehrreaktionen immer schwieriger. Abschlüsse wie in Kamp-Linfort werden zunehmend die Lage bestimmen und damit die Existenzgrundlage nicht nur der Flächentarifverträge, sondern auch der Gewerkschaften überhaupt unterhöhlen.

Somit kommt der Organisation einer handlungsfähigen linken Strömung in den Gewerkschaften eine zentrale, ja die Schlüsselrolle zu. Uns selbst muss klar sein, dass es sich bei der derzeitigen gewerkschafts-offiziellen Politik um eine Verinnerlichung neoliberaler Versatzstücke handelt. Eine "Überredungsstrategie" ist zwecklos. D.h. man kann und sollte die Gewerkschaftsführung mit Forderungen und Aufforderungen konfrontieren; aber es wäre vollkommen illusorisch, sich davon eine Änderung ihrer Grundeinstellung zu versprechen.

Erst wenn es zu einem bedeutenden Druck von unten kommt, wird sich entweder die Mehrheit des Spitzenapparats zu einer anderen Politik

genötigt sehen oder aber viele Spitzenfunktionäre werden das Feld räumen müssen, um Kräften Platz zu machen, die für eine konsequente Gegenmacht-politik eintreten. Wie sich die gewerkschaftspolitische Landschaft konkret verändern wird, wenn ein organisierter Druck von unten aufgebaut wird, lässt sich schwer voraussagen. Welche Spitzenfunktionäre sich dann unter geänderten politischen Bedingungen neu orientieren, ist heute nicht absehbar.

Ein solcher Druck wird jedenfalls nicht unorganisiert entstehen können. Unorganisiert treten die KollegInnen einfach nur aus, ziehen für sich persönlich die Konsequenzen. Der BR-Kollege von H&B hat das seinerzeit auf der Konferenz zum DGB-Grundsatzprogramm unübertroffen gut ausgedrückt: Warum sollen unter den Bedingungen gewerkschaftlicher Untätigkeit die Kollegen organisiert bleiben und Beiträge zahlen? "Verzichten kann ich auch alleine!"

Entscheidend ist: Sollen Gewerkschaften vor dem Untergang bewahrt werden, dann muss in nächster Zeit – und nicht erst in 5 oder 10 Jahren! – eine organisierte Kraft in den Gewerkschaften aufgebaut werden, die politisch gewappnet, gut organisiert und handlungswillig im Interesse der KollegInnen die Politik der Gewerkschaftsführung herausfordert.

Klar sein sollte aber auch: Parteizugehörigkeiten spielen für uns keine Rolle. Jede(r) klassenbewusste Kollege/ Kollegin, egal in welcher Partei (ob in der SPD, der Wahlalternative oder der PDS) er/sie organisiert ist, sollte sich in einer zu schaffenden linken, hand-lungsfähigen Gewerkschafts-tendenz engagieren, die keine Vorfeldorganisation irgendeiner Partei sein darf.

Allerdings: Die enge Verflechtung von Gewerkschaftsspitzenfunktionen und SPD-Karriereleitern ist eine gewaltige Last, ja ein großes Hindernis bei der Reaktivierung von Gegenmacht, ein schwerer Klotz am Bein der Gewerkschaften.

Um demokratische Verhältnisse in den Gewerkschaften zu schaffen, gilt es also Folgendes durchzusetzen:

a) Das uneingeschränkte Recht, sich innerhalb der Gewerkschaften als Strömung / Tendenz zu organisieren, um auf einer gewerkschaftspolitischen Plattform (in unserem Fall einer klassenkämpferischen) für eine andere Gewerkschaftspolitik zu kämpfen. Dies kann nur organisiert geschehen. Das Tendenzrecht darf nicht den Christlichen und den Sozialdemokraten vorbehalten bleiben.

b) Die Unabhängigkeit der Gewerkschaftspolitik von allen Partei- oder Regierungsinteressen.

Welche Gewerkschaftslinken?

Daraus ergeben sich folgende Aufgaben:

1. Die Gewerkschaftslinken müssen sich stärker formieren und erkennbar zu Wort melden. Dies erfordert bessere Strukturen, vor allem aber den Willen, sich vernehmbar in den Gewerkschaften zu Wort zu melden: Thematisch breit gefächert, zu grundsätzlichen Stellungnahmen bereit, aktuell sich positionierend und das den KollegInnen auch bekannt machen. Nur so lässt sich eine organisierte kämpferische Gewerkschaftstendenz aufbauen, die allerdings keinen Zweifel an ihrem gewerkschaftlichen Engagement und an der Einheitsgewerkschaft aufkommen lässt!

Die Gewerkschaftslinken haben eine Informationspflicht gegenüber den KollegInnen in den Betrieben, um sie davon zu unterrichten, was an anderen Orten und in anderen gewerkschaftlichen Strukturen diskutiert oder beschlossen wurde.

2. Die bisherige Vernetzungsinitiative muss aktiv an die Kreise herantreten, die für eine andere Gewerkschaftspolitik gewonnen werden können. Hier gilt es an betriebliche Abwehrkämpfe anzuknüpfen, sich also vor allem mit den Belegschaften aktiv zu verbünden, die in letzter Zeit Kampferfahrungen gesammelt haben. Das sind z.B. Belegschaftsteile in Mettingen, aber auch bei Alstom in Mannheim, Bosch Feuerbach, SKF in Schweinfurt, Opel Bochum usw.

3. Daraus resultiert, dass wir

mit unseren Gewerkschaftskonferenzen zu diesen KollegInnen gehen und versuchen sollten, mit ihnen gemeinsam die Konferenzen durchzuführen. Unsere Basis ist noch viel zu schmal, nicht nur zu schwach formiert. Die Konferenz im Januar 2005 sollte einer Standortbestimmung dienen, um zu klären, ob die bisher sich treffende Gewerkschaftslinken diese Einschätzung teilt (Dilemma der Gewerkschaften und die Schlüsselrolle, die einer organisierten und handlungsfähigen Gewerkschaftstendenz zukommt).

Für das Frühjahr 2005 (also mit einem Vorlauf von 3-5 Monaten) könnte man eine Konferenz organisieren, die eine nennenswerte Zahl (jeweils 10 – 50) KollegInnen aus den Betrieben zusammenbringt, die in letzter Zeit Kampferfahrungen gesammelt haben. Dies sollte nicht nur dem allgemeinen Erfahrungsaustausch dienen, sondern vor allem einen intensiven Diskussionsprozess über ein klassenkämpferisches Gewerkschaftsprogramm und die bessere Organisierung dieser Kräfte im Auge haben. Eine Einladung über diese KollegInnen hinaus wäre für eine Konferenz dieser Art hinderlich. Die KollegInnen mit aktuellen Kampferfahrungen sollten sich untereinander austauschen und das Forum für sich haben. Der Arbeitsausschuss kann und sollte den Einstieg organisieren. (Aber eine solche Zusammenkunft sollte nicht der Tummelplatz für alle Besserwisser werden.) Einzuladen – und für eine solche Zusammenkunft zu

gewinnen – wären diese KollegInnen nur mit Hilfe eines begründeten Positionspapiers, das das Dilemma der Gewerkschaftspolitik darlegt und die Notwendigkeit der Organisierung einer betriebs- und branchenübergreifenden innergewerkschaftlichen Struktur umreißt. (Auf einer solchen Grundlage eingeladen und vorbereitet können die KollegInnen diskutieren, was sie miteinander verbindet und welche Wege sie sehen, um aus der gewerkschaftspolitischen Sackgasse herauszukommen.)

Es wäre ein Zeichen unserer Schwäche, würden wir jedes zweite Mal in Stuttgart zusammenkommen und nie in Mannheim oder Schweinfurt oder Bochum. Geografische Momente spielen eine Rolle, wichtiger aber noch ist das politische Zugehen auf die Kreise, die bisher mit der Gewerkschaftslinken nichts zu tun haben, dafür aber gewonnen werden können.

Wir müssen uns politisch intensiver austauschen und bereit sein, unsere Standpunkte kontinuierlich und für breitere Kreise vernehmbar zu artikulieren. Dazu ist das bisher erschienene Gewerkschaftsinfo ein erster Schritt, ein bedeutender Schritt sogar, aber noch vollkommen unzureichend. Bisher ist es zu lang und kommt zu selten raus. Wir brauchen kurze, politisch prägnante und aktualitätsbezogene Stellungnahmen, möglichst ein bis zweimal im Monat (2 bis 4 Seiten).

Kurz: Wir müssen den Anspruch entwickeln, als betriebsübergreifende Gewerkschaftsströmung

aufzutreten, die erkennbar die Politik der Gewerkschaftsführung herausfordert.

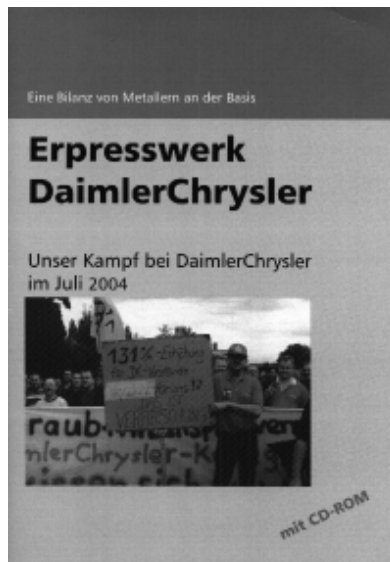
Eine Voraussetzung, um den hier umrissenen Prozeß einleiten zu können, wird sein, dass der Arbeitsausschuss verbindlicher funktioniert und von den Konferenzen mit mehr Kompetenzen ausgestattet wird. Das setzt eine andere, faktisch repräsentativere Zusammensetzung voraus. Denkbar ist, dass ein größerer Kreis (vielleicht 20 – 30 Personen) sich mindestens einmal im Quartal an einem Samstag trifft und dazwischen (mindestens einmal im Monat) eventuell ein kleinerer Kreis für die Erledigung laufender Angelegenheiten. Das

bisherige Sekretariat hat gut funktioniert und sollte weiter bestehen, nach Möglichkeit verstärkt durch ein bis zwei KollegInnen.

So oder so werden weitere KollegInnen in die überörtliche Arbeit der Gewerkschaftslinken einzubeziehen sein, bzw. dafür gewonnen werden müssen. Mit einer vorbereiteten und hoffentlich erfolgreichen Diskussion in diese Richtung auf der Konferenz im Januar müsste dies allerdings möglich sein.

Jakob Schäfer 29.10.04

“Erpresswerk DaimlerChrysler”



*Diese Broschüre ist ein Muss für alle kritischen GewerkschafterInnen. Sie ist zu beziehen für 2,50 Euro bei Michael Clauss
Palmenwaldstraße 54
73733 Esslingen*

Über den hervorragend geführten Kampf der KollegInnen bei DaimlerChrysler in Mettingen haben aktive Metaller dieses Werkes eine ausgezeichnete Broschüre erstellt. Sie dokumentieren den schändlichen Abschluss, den die IGM-Bezirksleitung (im Einklang mit der Betriebsratspitze) mit der Konzernleitung getätigt hat und erklären und bewerten jeweils, was das für Folgen hat.

Zusätzlich liegt der Broschüre eine CD mit umfangreichem Dokumentationsmaterial bei: Viele Fotos des Aktionstages, 2 Filme, die Flugblätter der Betriebsgruppe, 50 ausgewählte Zeitungsartikel usw.

Netzwerk-InfoGewerkschaftslinken Nr.4/2004

Arbeit darf nicht arm machen Gedanken zum Thema Mindestlohn

Reden wir heute über die Notwendigkeit eines Mindestlohns, der zur Existenzsicherung beitragen soll, müssen die Verantwortlichen für diese Situation und die Gegner benannt werden.

Die Schuldigen und Gegner sind in erster Linie die Unternehmer, die unter Ausnutzung der Massenarbeitslosigkeit und mit dem Hinweis auf angebliche Zwänge der Globalisierung soviel Druck erzeugen, dass das Lohnniveau sinkt und wir massenhaft working poor haben, Menschen hierzulande arbeiten, ohne davon leben zu können und auf Sozialtransfer angewiesen sind.

Die Verantwortlichen und Gegner sind aber auch verantwortliche Politiker aus CDU/CSU, FDP, Bündnisgrünen und SPD, die mit politischen Maßnahmen Lohnsenkungen befördern. Als aktuelles Beispiel ragt da Hartz IV heraus,

Langzeitarbeitslose werden gezwungen, Arbeit deutlich unter Tarif anzunehmen und mit den sog. 1 EURO-Jobs wird das Ganze auf die Spitze getrieben: Hartz IV ist nicht nur verhängnisvoll für Langzeitarbeitslose, sondern auch ein Lohnsenkungsprogramm für alle regulären Arbeitsverhältnisse. Eben ein wichtiger Stein in Schröders Agenda 2010, die

Löhne in der Bundesrepublik um 20 Prozent zu senken, wie es die ver.di-Wirtschaftsabteilung herausgearbeitet hat.

Dies wirft die Frage auf, warum die Spitzen der Gewerkschaften nicht bundesweit die Losung der Montagsdemos "Hartz IV muss weg!" sich zu eigen gemacht und diese Bewegung aktiv unterstützt haben.



Bedenken

Reden wir über Mindestlohn, müssen auch die Bedenken genannt werden.

Da ist die Befürchtung, dass die politisch Verantwortlichen den Mindestlohn so niedrig ansetzen, dass er das Lohnniveau weiter nach unten drückt. Das ist ein reales Problem. Aber müssten wir dann nicht aufhören Forderungen an die Politik zu stellen? Wäre es nicht die Aufgabe einer Kampagne für Mindestlöhne, die Tatsache zu skandalisieren, dass Menschen Vollzeit arbeiten, ohne ihre Existenz sichern zu können, und die notwendigen Lohnhöhen einzufordern?

Da ist ferner die Befürchtung, dass die Tarifautonomie beschädigt wird. Aber die Tarifautonomie hat nicht verhindern können, dass von Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen werden mussten, die zu Recht mit dem Begriff "Armutslöhne" gekennzeichnet werden. Sicher sind die Ursachen dafür in der Massenarbeitslosigkeit, der daraus

resultierenden Angst und in geringen Organisationsgraden zu suchen. Seit Jahren werden immer weniger Tarifverträge als allgemeinverbindlich erklärt.

Ferner wird argumentiert, dass ein Mindestlohn die "Hochlohnbereiche" gefährden könne. Wie schon zu Hartz IV ausgeführt, wird Lohndruck bereits in erheblichem Maße erzeugt; und die Frage ist doch, ob nicht ein Mindestlohn ein, wohlgerneht ein Mittel sein kann, einen Damm gegen den Lohndruck nach unten zu errichten. In den EU-Staaten lässt sich jedoch eine Gefährdung des "Hochlohnbereichs" nicht nachweisen, eher das Gegenteil.

Einige Daten

Was sagt beispielsweise ver.di zu Niedriglöhnen?

“In einer Studie zählte die Hans-Böckler-Stiftung in Westdeutschland 4,2 Mio. Niedriglohnbezieher und 2,1 Mio. Arbeitnehmer, die einen Armutslohn erhalten. Zusammen sind das gut ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten Zwei Drittel derer, die einen Niedriglohn bekommen, haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, 52 % sind zwischen 30 und 55 Jahre alt” (ver.di publik 10/2004)

Wichtig ist auch ein Vergleich in Europa.

Hierzulande wird behauptet, Deutschland sei ein Hochlohnland, und es bedürfe keines Mindestlohns. Vielmehr würden Niedriglohn-sektoren benötigt, um den Arbeitsmarkt zumindest von Geringqualifizierten zu räumen.

Die Statistiken von Eurostat und des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften beweisen das Gegenteil. Eine Untersuchung von Eurostat für 1996, bezeichnet 10 Prozent aller deutschen Arbeitnehmer als arm, wobei das angebliche Hochlohnland gemeinsam mit Italien den größten Billiglohnbereich besitzt. (50 Prozent des Durchschnittslohnes gilt als Armutslohn.)

Das WSI ermittelte für 1997 unter Vollzeitbeschäftigten einen Anteil von 12,5 Prozent im Westen und 9,6 Prozent im Osten an Armutslöhnen. Zusammengenommen waren das 2,5 Mio. Menschen. Und das lange vor Hartz.

Tarifverträge und Niedriglohnbereiche

Die Lust der Arbeitgeber auf Tariffucht ist dort am größten, wo der Niedriglohnbereich besonders wirkt. Dort sind sie mehr und mehr vielleicht noch zu Tarifverhandlungen, aber noch nicht einmal zu verteilungsneutralen Abschlüssen bereit.

Wenn das Realeinkommen seit mehr als 20 Jahren der Wirtschaftsentwicklung hinterherhinkt, liegt das nicht nur an nachlassender Kampfkraft, sondern vor allem an der Konkurrenz des Niedriglohnsektors. Das beste Beispiel ist der Öffentliche Dienst, wo Privatisierung und Deregulierung Anbieter auf den Markt gebracht haben, die den BAT deutlich unterschreiten. Die Lohnentwicklung würde dann auch zu einer gesamtpolitischen Aufgabe und die politischen Akteure könnten sich nicht mehr mit dem Verweis auf die Tarifpartner aus der Verantwortung stellen.

Aber auch die IG Metall und die BCE werfen sich nur mutig hinter einen längst schon angefahrenen Zug; denn ihre Kernbereiche schmelzen, und häufig lassen sich die dort üblichen Löhne nur mit Abstrichen an anderer Stelle halten. Schlechtestes Beispiel dafür ist Daimler-Chrysler, wo sich die Kernbelegschaft zwar erfolgreich gegen Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich wehrte, aber unter anderem akzeptierte, dass das Kantinenpersonal und andere aus dem Tarifvertrag abgeschoben wurden – ein Hinweis auf die Grenzen der gegenwärtigen Tarifautonomie.

Zwar ist die Tarifbindung in Deutschland noch relativ hoch, und nach Angaben der Bundesregierung sind in Westdeutschland 70 und im Osten 54,5 Prozent der Beschäftigten durch Tarifvertrag geschützt. Was gerne übersehen wird, ist nicht nur die Tariftreue, sondern auch die Höhe der Entgelte.

So listet die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der CDU rund 130 Tarifverträge auf, in denen Entgelte von weniger als 6 EURO in der Stunde vereinbart wurden. Geht man von den neuen Zumutbarkeitsbedingungen aus, dann werden Arbeitslose gezwungen, für 4,20 EURO in der Stunde zu arbeiten.

Verbandsklagerecht

An dieser Stelle noch ein Hinweis auf die Tariftreue, weil das nicht erst bei einem Mindestlohn, sondern schon heute eine ganz wichtige Rolle spielt.

Die reale Situation in Betrieben Ost wie West weist auf die Notwendigkeit eines Verbandsklagerechts für die Gewerkschaften hin.

Es ist eine Massenerscheinung, dass Beschäftigte nicht wagen ihre tariflichen Ansprüche einzuklagen. Also müssen weitere Mittel gefunden werden, die Rechte auch durchzusetzen. Der PDS-Parteitag am 30. Oktober 2004 in Potsdam hat dieses Verbandsklagerecht im Leitantrag gefordert.

Situation in Europa

In 19 von 29 OECD-Ländern und in neun der ehemals 15 alten EU-Staaten gibt es bereits gesetzliche Mindestlöhne. Den geringsten Mindestlohn gibt es in Portugal mit 408 EURO, den höchsten in Luxemburg mit 1.290 EURO. Aber auch Frankreich mit 1.126 EURO (35Std. Woche) und Großbritannien mit 1.124 EURO liegen dabei noch über einigen deutschen Tarifverträgen.

Es müssen Beträge genannt werden.

Bei den bisherigen Äußerungen aus dem Hause Müntefering ist nicht damit zu rechnen, dass mit der SPD die englische oder französische Höhe angepeilt wird. Um in der Auseinandersetzung erfolgreich zu sein, kommt mensch nicht darum herum Beträge zu nennen. Als Riester noch Arbeitsminister war, hatte er 8 DM also 4 EURO als Richtwert genannt. Die gewerkschaftlichen Erwerbsloseninitiativen haben 1.500

EURO auf ihre Fahnen geschrieben, ver.di vertritt 1.300 EURO.

Wir als PDS AG betrieb & gewerkschaft haben uns auf 1.400 EURO als Position geeinigt. Diese Forderung hat die PDS auf ihrem Parteitag in Potsdam auf unseren Antrag hin auch als Gesamtpartei übernommen. Um das vielleicht einordnen zu können, muss man

wissen, dass eine ungelernete Vollzeitkraft bei KARSTADT nicht auf 1.400 EURO kommt, und der Einzelhandelstarif ist noch nicht der niedrigste, den ver.di abgeschlossen hat.

Wir brauchen eine Kampagne, die sich auch mit der Demagogie Münteferings und der Grünen auseinandersetzt.

Gegenwärtig besteht die Gefahr, dass eine Reihe von Gewerkschaftsspitzen die Frage Mindestlohn im SPD-Gewerkschaftsrat auskugeln wollen. Das wird im materiellen Ergebnis nur schlecht sein.

Zum anderen wäre es für die Gewerkschaftslinken wichtig zu zeigen, dass gerade Müntefering und Kanzler Schröder mit politischen Maßnahmen einen Lohndruck mitentwickelt haben, der Mindestlöhne notwendig

macht.

Wir dürfen nicht zulassen, dass aus Gewerkschaftskreisen schon jetzt auf die Bundestagswahlen 2006 in Richtung Unterstützung für Rot-Grün orientiert wird, mit dem Hinweis, die seien ja für einen Mindestlohn.

Wir denken, es lohnt sich, die Frage Mindestlohn an die Mitgliederbasis zu holen. Dabei wissen wir, dass die Frage Mindestlohn als eine Variante gegen weiteren Lohndruck nur durch den starken Protest gegen Hartz IV und die damit verbundene Aufklärung zum Thema in einigen Gewerkschaften wurde.

Wir verschweigen nicht, worauf gerade Kolleginnen berechtigterweise hinweisen, dass Frauen schon Jahrzehnte in Niedriglohnssektoren arbeiten und seinerzeit niemand den Mindestlohn zum Thema machte. Erst als auch Männer in Massen betroffen waren, kam diese Diskussion hoch. Wir sind ganz entschieden dafür, dass die Gewerkschaftslinken das Thema Mindestlohn besetzt, die notwendige Höhe propagiert und Maßnahmen einfordert.



Das Heft „Mythos Standort-schwäche“ von ver.di herausgegeben, gibt einen guten, gerafften Überblick über die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte und liefert wichtige Argumente und Zahlen gegen den kapitalistischen „Zeitgeist“.

Es kann bestellt werden bei wirtschaftspolitik@verdi.de

**Holger Grünwedel
(Würzburg) – Gerald Kemski
(Hamburg)
Bundessprecher
der PDS AG betrieb &
gewerkschaft
(Nov.
2004)**

Wie die Arbeit der Gewerkschaftslinken gestalten und voranbringen?

In der jetzigen Situation ist es äußerst dringlich, an möglichst vielen Orten in der Bundesrepublik Foren für die Gewerkschaftslinken aufzubauen. Da das Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften (ZuFo) ein gut arbeitendes stabiles Forum ist, wollen wir die Arbeitsweise und Arbeitsinhalte in dieser Nummer darstellen und dazu anregen, an anderen Orten ähnliches aufzubauen.

Entstehung und Arbeitsweise de ZuFo

Vor 14 Jahren wurde das ZuFo gegründet, um die gewerkschaftlich aktiven linken KollegInnen, Vertrauensleute, Betriebsräte, hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre im Raum Stuttgart zu vernetzen und ein Forum des Austausches und der Auseinandersetzung über kämpferische gewerkschaftliche Arbeit mit linksorientierter Ausrichtung anzubieten. Den harten Kern bildet der "Vorbereitungskreis", bestehend aus 10 aktiven Metallern und Verdianern, mehrheitlich ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre und ungefähr noch mal so vielen UnterstützerInnen, die ab und an die Arbeit des Vorbereitungskreises mittragen. In den ungefähr alle 2 Monaten stattfindenden Sitzungen und den 1 bis 2 mal im Jahr stattfindenden Klausuren werden die Aktivitäten des ZuFo vorbereitet, abgesprochen und koordiniert. Zu den ungefähr

10 Veranstaltungen im Jahr mit bekannten ReferentInnen oder ReferentInnen aus unseren eigenen Reihen und den ab und an stattfindenden Kongressen werden per Post ungefähr 150 und per Mail über 200 Interessierte eingeladen. Die Adressen werden auf den Veranstaltungen notiert. Im



Laufe der vielen Jahre wurde so der Kreis der InteressentInnen ständig ausgeweitet, und wir können heute auf einem gut strukturierten Netzwerk unsere Aktivitäten aufbauen. Auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen wie 1. Mai, auf Demonstrationen oder Veranstaltungen anderer Organisationen informieren wir über unsere Arbeit und verteilen Einladungen zu unseren Veranstaltungen, um so das ZuFo bekannt zu machen und neue Interessenten zu gewinnen.

Entstehung und Arbeitsweise des Metallertreffs

Vor 4 Jahren hat sich in Vorbereitung einer Metalltarifrunde der Metallertreff des ZuFo gegründet. Er trifft sich seither regelmäßig monatlich, tauscht sich über die Situation in den Stuttgarter Metallbetrieben aus und versucht die gewerkschaftlichen Aktivitäten voranzutreiben und zu koordinieren. Auch hier hat sich ein Netzwerk von

ungefähr 70 Interessierten insbesondere bei organisierten Solidaritätsaktionen (siehe unten) ausgeweitet hat und über Mail miteinander vernetzt ist. Zu den Treffs kommen im Schnitt 10 MetallerInnen, weitere 10 Interessierte kommen ab und zu. Die Diskussionen bei den Treffs sind sehr lebhaft, z. T. kontrovers, aber führen fast immer zu konkreten Einschätzungen, Absprachen und gemeinsamen Aktivitäten (siehe unten).

Welche inhaltlichen Schwerpunkte bestimmten unsere Arbeit in den letzten 2 Jahren?

Proteste gegen Sozialabbau

Seit 2003 ist ein zentraler Punkt die Auseinandersetzung um den Sozialabbau. Auf unserer Klausur zu Beginn des Jahres 2003 haben wir dazu Grundlagen gelegt. Im Mai 2003 organisierten wir in Zusammenarbeit mit dem Sozialen Netzwerk Stuttgart den Kongress "Umverteilen statt Sozialabbau – Gegenwehr organisieren", an dem über 150 KollegInnen teilnahmen. Nachdem der Gewerkschaftsapparat keine Gegenwehr gegen den Sozialabbau organisierte, starteten wir im Sommer eine Unterschriftensammlung,

in der die Gewerkschaften aufgefordert wurden, aktive Gegenwehr gegen den Sozialabbau zu organisieren und eine bundesweite Demonstration vorzubereiten und durchzuführen. Diese von Tausenden unterstützte Unterschriftensammlung fand bundesweite Aufmerksamkeit und war mit entscheidend, dass

am 1. November 2003 die Demonstration in Berlin mit 100 000 TeilnehmerInnen von der Gewerkschaftsbasis und sozialen Verbänden organisiert wurde. Das ZuFo hat zusammen mit vielen gewerkschaftlichen Untergliederungen, Sozialverbänden, attac, kirchlichen Verbänden zu dieser Demonstration mobilisiert, so dass aus der Region Stuttgart über 20 volle Busse nach Berlin fuhren. Mit einer Veranstaltung im Oktober unterstützten wir die Mobilisierung. Im Zentrum der Diskussion auf der Veranstaltung stand die Politik der Gewerkschaften gegen den Sozialabbau. Sind die Gewerkschaften zahnlose Tiger oder eine gesellschaftliche Kraft? Wie müssen die Gewerkschaften ihre weitere Politik ausrichten, um den Herausforderungen gerecht zu werden? Im Februar 2004 beleuchteten wir in einer Veranstaltung die Zusammenhänge zwischen Rüstung und Sozialabbau.

Im März mobilisierten wir dann mit vielen anderen aktiven KollegInnen in den Betrieben massiv zur gewerkschaftlichen Demonstration am 3. April, die mit 150 000 TeilnehmerInnen die größte Demonstration seit Jahrzehnten in Stuttgart war. Auf unserer Klausur im April stand im Zentrum der Auseinandersetzung die Frage "Wie geht's weiter nach dem 3.4." – was wir Anfang Juli auf einer öffentlichen Veranstaltung weiter disku-

tierten. Welche Perspektiven des Protestes gegen Sozialabbau und Angriffe auf Tarifverträge haben wir, welche inhaltlichen Themen und welche Aktionsformen sind geeignet?



ZUKUNFTSFORUM STUTTGARTER
GEWERKSCHAFTEN

Mitte November wurde von Ver.di in Stuttgart eine Aktionswoche durchgeführt, die am 20.11. mit einer Demonstration und Kundgebung abgeschlossen wurde. Auch auf diese Demo hat das ZuFo mitmobilisiert.

Unterschiedliche Kämpfe gegen Angriffe des Kapitals in den Metallbetrieben

Ein weiterer zentraler Auseinandersetzungspunkt 2004 waren die Angriffe des Kapitals in den Metallbetrieben. Im März fand eine Veranstaltung mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Siemens München-Hoffmannstraße über die Auseinandersetzungen dort gegen geplante Massenentlassungen und Repressionen statt. Wie kann mit gewerkschaftlichem Kampf die Angst der KollegInnen in Solidarität umgesetzt werden? Im Oktober fand eine gut besuchte Veranstaltung (ungefähr 80 TeilnehmerInnen) zu den Ergebnissen des DaimlerChrysler-Erpresswerks statt und den Aktionen im Sommer zur Abwehr der Erpressungen. Wir verbanden dies inhaltlich mit den Erfahrungen der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW, die seit 20 Jahren eine Verzichtspolitik betreibt und dies mit immer größerer gesellschaftlicher Bedeutungslosigkeit bezahlt. Wir berichteten von der kanadischen Gewerkschaft CAW, die aktiv Widerstand organisiert, sich mit sozialen Bewegungen verbindet und sich von neoliberaler Politik, Standortkonkurrenzdenken und Verzichtspolitik in den 80er und 90er Jahren verabschiedet hat und dadurch zu einer politischen Kraft

für soziale Veränderungen in Kanada geworden ist. Da zu dieser Zeit bei Opel in Bochum Arbeitsniederlegungen und Demos gegen Standortschließung und Massenentlassungen stattfanden und KollegInnen aus Stuttgarter Metallbetrieben an diesem Tag die Opelaner besuchten und ihren Kampf unterstützten, gab es aktuellste Berichterstattung aus

Bochum. Wir sammelten 450 Euro Spende und verabschiedeten eine Solidaritätserklärung. Da infolge der Streiks bei Opel die Repression gegen Streikaktivisten in Form von Abmahnungen und Kündigungsandrohungen zunahm, organisierten wir Mitte November eine Protesterklärung gegen diese Entlassungen und Abmahnungen. Innerhalb von 10 Tagen hatten wir fast 400 Unterschriften, hauptsächlich aus Stuttgarter Metallbetrieben zusammen. Gesammelt wurde in den Betrieben, auf der Demo am 20.11. (siehe vorne), über unseren Email-Verteiler des Metallertreffs und auf unserer Veranstaltung Anfang Dezember. Wir hatten 2 Kollegen der Vertrauenskörperleitung von Opel Bochum eingeladen, die über die aktuelle Situation und die Erfahrungen in der Streikwoche berichteten.

Mit diesen Veranstaltungen versuchen wir die Auseinandersetzung in den Metallbetrieben zu vernetzen, aus den Erfahrungen der Kämpfe zu lernen und Perspektiven für morgen zu entwickeln.

Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung – um den Erhalt der 35-Stundenwoche

Diese Auseinandersetzung begleitet uns seit vielen Jahren. Im Sommer 2001, als bei Bosch Schwieberdingen bei Stuttgart ein Ergänzungsvertrag zu Langzeitkonten auf der Tagesordnung stand, organisierten wir vom Metallertreff eine Unterschriftensammlung dagegen: "40 Stunden und Langzeitkonten –

ein falscher Weg für die IG Metall!" Über 100 Gewerkschaftsfunktionäre aus 30 Stuttgarter Metallbetrieben unterstützten diese Erklärung, und wir versuchten, auf die Politik der IG Metall Einfluss zu gewinnen.

Nachdem im Herbst 2002 in der Region Stuttgart Tausende von Arbeitsplätzen in der Metall- und Elektroindustrie, insbesondere in der Telekommunikation und der Informationstechnologie, abgebaut wurden, initiierten wir eine Unterschriftensammlung "Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitsplatzabbau", die wiederum auf breite Unterstützung stieß. Zur gleichen Zeit liefen die Zukunftsdebatten in den Gewerkschaften (IGM; Ver.di), die wir mit der Stellungnahme "Zuspitzung? Aber gerne!" begleiteten. Auch darin lehnten wir alle Vereinbarungen zu Arbeitszeitverlängerungen ab (u.a. VW-Modell 5000 x 5000, Langzeitkonten, Ausdehnung der

anlässlich des 20. Jahrestags des 7 wöchigen Streiks für den Einstieg in die 35-Stundenwoche. Eingebunden waren Zeitzeugen des Streiks 1984. Auch die Kultur von 84 wurde in den großen Saal des DGB-Hauses zurückgeholt, und Lieder und Bilder von damals begleiteten die Veranstaltung. Auf einem Kongress im Mai versuchten wir die Erfahrungen dieses 7wöchigen Streiks mit dem Kampf gegen die Arbeitszeitverlängerungen heute zu verknüpfen und daraus für die heutigen Auseinandersetzungen zu lernen.

Angesichts des Generalangriffs von Kapital und Regierung starteten wir im Sommer 2004 einen Offenen Brief "Die 35 Stundenwoche muss verteidigt werden! Stoppt den Generalangriff auf die Arbeitszeiten". 130 hauptsächlich betriebliche Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Stuttgarter Raum unterstützten diesen Brief an den

Erfahrungen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in anderen Ländern

Immer wieder organisieren wir auch Veranstaltungen, um uns mit den Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung in anderen Ländern auseinanderzusetzen. So im April 2003 zu dem Thema "Gewerkschaften und Antikriegsmobilisierung in Italien", im November zu Argentinien "Die Fabriken gehören uns" und im Dezember "1 Jahr Lula in Brasilien". Dieses Jahr haben wir auf der Veranstaltung zu den Auseinandersetzungen bei Daimler die Erfahrungen der nordamerikanischen Gewerkschaften beleuchtet (siehe oben). Die internationale Vernetzung der Gewerkschaftsbewegung muss weiter ausgebaut und intensiviert werden, wollen wir in Zeiten der Globalisierung wieder an Kampfkraft gewinnen.

Chris Hourani



40-Stundenverträge) und sprachen uns für die 35-Stundenwoche aus. Auch auf den Veranstaltungen im Oktober und November zur Zukunftsdebatte in den Gewerkschaften gab es lebhaft Diskussionen zum Thema Arbeitszeit.

Im Februar 2004 veranstaltete das ZuFo zusammen mit IG Metall und Ver.di eine große Veranstaltung "Wem gehört die Zeit"

IGM-Vorstand und die Bezirksleitung.

Mit diesen Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen und dem Kongress versuchten wir über viele Jahre immer wieder, Einfluss auf die Politik der Gewerkschaften zu Fragen der Arbeitszeit zu nehmen.

Die neonazistische Gefahr

Bei den Landtagswahlen im Juni 2004 in Sachsen und Brandenburg waren die zwei wichtigsten rechtsradikalen Parteien erfolgreich - mit 9,2 bzw. 6 Prozent der Stimmen zogen sie in die Landtage ein. Im ehemals roten Sachsen erreichten sie die Stimmenzahl der SPD. Vor der Wahl hatten sich die bisher rivalisierenden Parteien NPD und DVU geeinigt, nicht in den zwei Bundesländern gegeneinander zu kandidieren. Nach dem Erfolg beschlossen sie, bei den Bundestagswahlen 2006 mit einer gemeinsamen Liste anzutreten.

Unternehmerpräsident Michael Rogowski befand, dieser Neonazi-Erfolg störe ihn nicht; denn dieser würde ausländische Investoren nicht abschrecken. Dagegen könnte die Stärke der PDS in den neuen Bundesländern abschreckend wirken. Vielleicht freut sich der Demokrat Michael Rogowski gar klammheimlich über diese neue Geißel der Werktätigen und der Linken. Sicher jedenfalls haben die Neonazi-Parteien einflussreiche Sponsoren.

Die Neonazis üben nicht nur Terror in manchen Gebieten, dem die Staatsgewalt untätig (vielleicht teilweise wohlwollend) zuschaut; sie erobern die Strassen und Plätze

mit Genehmigung der höheren Gerichte. Und sie hetzen gegen unsere ausländischen Kollegen und Kolleginnen. Diese werden zu Schuldigen für Massenarbeitslosigkeit und Geldnot der Sozialversicherung erklärt und so die wirkliche Ursache unserer Nöte verschleiert - der Kapitalismus mit seinen Krisen und der Profitgier der Kapitalisten. Deutsche sollen gegen ausländische Kolleginnen und Kollegen ausgespielt, unsere Solidarität vollends zerstört werden.



Die bisher von den Behörden angewandten Methoden haben den Neonazis nicht beikommen können. Manchmal meint man, es gebe eine fast fördernde Zusammenarbeit, so beim Verfassungsschutz und seinen gut bezahlten V-Männern, bei den Betreuungszentren für Jungnazis oder bei der Verfassungsklage des Bundesinnenministeriums. Indem die bürgerlichen

Parteien Patriotismus u.ä. thematisieren, um damit angeblich dem Rechtsradikalismus den Wind aus den Segeln zu nehmen, kommen sie diesem entgegen, machen sein Denken gesellschaftsfähig. Manche führende Sozialdemokraten sind ähnlichen Gedanken nicht abgeneigt.

Die soziale Demagogie der Neonazis findet bei manchen jungen Menschen Gehör, denen die kapitalistische Gesellschaft - besonders, aber nicht nur in Ostdeutschland - keine Lebensperspektiven bietet; sie werden von der Schule weg in die Erwerbslosigkeit und Hoffnungslosigkeit entlassen.

Umso notwendiger ist eine Alternative, die die klassenbewußten Gewerkschafter und Betriebsräte erarbeiten und propagieren müssen. Arbeitende und Erwerbslose müssen gemeinsam Arbeit für alle zu Tariflöhnen fordern. Das ist - neben der offenen geistigen Auseinandersetzung - einer der wichtigsten Wege, um jungen und älteren Erwerbslosen neue Hoffnung zu geben, um damit der neonazistischen Demagogie den Boden zu entziehen und die Solidarität mit unseren ausländischen Kollegen und Kolleginnen zu stärken.

Theodor Bergmann

Impressum:

Das Info des "Netzwerks Gewerkschaftslinker" erscheint vier mal jährlich. Beiträge sind erwünscht. Redaktionsschluss des nächsten Infos ist der 10. März. Redaktionelle Kürzungen sind vorbehalten. Namentlich gezeichnete Beiträge verantworten die Autoren. V.i.S.d.P: Ewald Wehner, Bernd Riexinger, H.G.Lang, Theodor Bergmann. Kontaktadresse: Ewald Wehner, Paul-Gerhardt-Ring 15, 60528 Frankfurt/M.